



Leserbrief

Es braucht wohl doch ein Sprachengesetz

Nach der klaren Ablehnung verschiedener Initiativen gegen den Lehrplan 21 und den Ausstieg aus dem «HarmoS»-Konkordat in den Kantonen Appenzell Innerrhoden, St. Gallen, Baselland, Thurgau, Schaffhausen und Aargau dürfte man meinen, es herrsche endlich Konsens darüber, dass Lehrpläne und Fächerangebote der Volksschule schweizweit vereinheitlicht werden sollen. Doch leider grassiert der Kantönligeist weiter. So wird im Kanton Zürich am 21. Mai über die Initiative «Mehr Qualität – eine Fremdsprache an der Primarschule» abgestimmt. Durch Anpassung des Volksschulgesetzes und nötigenfalls Änderung oder Kündigung (!) des «HarmoS»-Konkordats soll die Fremdsprachenregelung so geändert

werden, dass die zweite Fremdsprache erst auf der Sekundarstufe eingeführt wird. Welche das ist, soll der Regierungsrat entscheiden. Im Moment würde ausgerechnet der Französischunterricht in die Oberstufe verschoben – ein Affront gegenüber dem Welschland, wo alle Kantone mit Deutsch in der Primarschule beginnen. Obwohl FDP, CVP, SP, Grüne, AL, VPOD, der Kantonale Gewerbeverband Zürich, die Zürcher Handelskammer, der kantonale Verband der Schulpräsidentinnen und Schulpräsidenten sowie die kantonalen Elternmitwirkungsorganisationen gegen die Initiative sind, hat sie Chancen, denn im Initiativkomitee sind zahlreiche Lehrpersonen vertreten.

Besonders zu denken gibt, dass der Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverband ZLV diese Abbauintiative unterstützt und damit die mit «HarmoS» und dem Lehrplan 21 angestrebte Vereinheitlichung der Schulsysteme untergräbt. 2004 einigten sich die Kantone im Rahmen der EDK auf eine gemeinsame Sprachenstrategie: Spätestens ab der 3. Klasse wird eine erste und spätestens

ab der 5. Klasse eine zweite Fremdsprache unterrichtet. Laut Sonntagspresse unterstützt gar der Dachverband Lehrerinnen und Lehrer Schweiz, LCH, der bisher hinter dieser Sprachenstrategie stand, den ZLV mit einem finanziellen Beitrag für die Kampagne. Für mich ist das absolut befremdend! Der ZLV moniert, der Kanton foutiere sich seit Jahren um genügend Ressourcen für den Fremdsprachenunterricht und die Lernziele würden weder im Englisch noch im Französisch erreicht. Dabei gibt es im Kanton Zürich seit 13 Jahren gar keine Studie zu den Resultaten des schulischen Fremdsprachenkonzepts. Wenn ich erlebe, wie freudig, frei und unbeschwert sich Kinder an der Primarschule nach wenigen Monaten auf Englisch äussern und was sie an kommunikativen Fähigkeiten und Hörverstehen an die Oberstufe in meinen Englischunterricht mitbringen, dann wünschte ich mir erst recht auch fürs Französisch einen frühen Beginn. Es ist zu hoffen, dass die Zürcher Bevölkerung diese einschränkende Initiative ablehnt, denn der Einfluss des gewichtigen Kantons Zürich auf weitere Deutschschweizer Kantone ist gross. Bereits schlägt die Bildungskommission im Thurgau ihrem Kantonsparlament erneut eine Verschiebung des Französischunterrichts auf die Oberstufe vor. Bundesrat und Parlament sollten mit einem Sprachengesetz endlich dafür sorgen, dass schweizweit die gleichen Regeln für den Fremdsprachenunterricht gelten und überall mit einer zweiten Landessprache begonnen wird. Und die Lehrverbände sollten weiterhin für gute Unterrichtsbedingungen kämpfen statt zu resignieren und sich zum Sprachrohr der Bildungsabbauer beim frühen Fremdsprachenunterricht zu machen.

Thomas Leitch, Sekundarlehrer und Präsident der Bildungskommission des Grossen Rates



Französisch erst an der Oberstufe? Foto: Simon Ziffermayer.